KI-03-125-2 Künstliche Intelligenz mit dem Menschen im Mittelpunkt

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum: 11.11.2026

Änderungsantrag zu KI-03

Nach Zeile 125 einfügen:

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Risiken für die Zivilgesellschaft im Globalen Süden, wo schwache rechtsstaatliche Strukturen und eingeschränkte Medienfreiheit den Missbrauch von KI für Überwachung, Desinformation und die Einschüchterung demokratisch Engagierter begünstigen können. Wir wollen die digitalen Rechte und Handlungsmöglichkeiten von Menschenrechtsverteidigerinnen, Umwelt- und Frauenrechtsorganisationen, Journalistinnen und indigenen Gemeinschaften stärken und ihre wirksame Beteiligung an der Entwicklung internationaler KI-Regeln sicherstellen. Dafür braucht es auch eine gezielte Förderung von Medienkompetenz, unabhängigem und investigativem Journalismus sowie Medienvielfalt weltweit. Zugleich müssen bestehende Regelungen wie der EU Digital Services Act konsequent umgesetzt, die systematische Verbreitung von Desinformation sanktioniert und Transparenz sowie unabhängige Aufsicht über algorithmische Plattformen durch verbindliche Zugangsrechte für Forschung und Monitoring gewährleistet werden.

Begründung

Die Auswirkungen von KI sind nicht überall gleich. Entscheidend ist auch, welche rechtsstaatlichen Schutzmechanismen bestehen und wie viel Macht staatliche und wirtschaftliche Akteure gegenüber der Zivilgesellschaft ausüben können.

Die Ergänzung verbindet die globale KI-Politik mit der menschenrechtlichen Realität vor Ort. Sie verhindert zugleich, dass der Globale Süden nur als Anwendungsgebiet europäischer Technologie oder als Schauplatz geopolitischer Konkurrenz betrachtet wird. Zivilgesellschaftliche Akteure und betroffene Gemeinschaften sollen nicht nur geschützt werden, sondern auch Einfluss auf Regeln und Entscheidungen nehmen können.